

Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 29.05.2018 - öffentlicher Teil

Datum: 29.05.2018

Zeit: 17:00 Uhr –18:09 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

SPD/BVB-Fraktion

Frau Elke Grunwald	SPD/BVB
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU
Herr Josef Menke	CDU
Herr Bernd Zimdars	CDU

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP
------------------	-----

Sachkundige Einwohner

Frau Brigitte Eikemper-Gerlach	CDU
--------------------------------	-----

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter	
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter	
Herr Ralf Meier	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt	
Frau Anke Dürre	Amtsleiterin Amt für Finanzen und Beteiligungsmanagement	
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat	(bis 18:05 Uhr)

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Gast

Herr Wolfgang Seyfried SPD/BVB

Abwesende Ausschussmitglieder:**CDU-Fraktion**

Herr Tobias Schween CDU entschuldigt

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Rainer Kormann BLR entschuldigt

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Dr. Gernot Schwill Grüne/RdUM

Sachkundige Einwohner

Herr René Stüpmann SPD/BVB entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Regler begrüßt die Mitglieder des FRA, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, alle weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, Herrn Seyfried als Gast sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass zehn Kreistagsmitglieder und eine sachkundige Einwohnerin des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

Schweigeminute

Herr Regler bittet alle Anwesenden, sich im Gedenken an den am 28.04.2018 verstorbenen sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, **Herrn Burkhard Krüger**, zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Regler teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

In Ergänzung der heutigen Tagesordnung bittet Herr Regler noch darum, die zwischenzeitlich vom Landrat eingereichte Berichtsvorlage

- Bericht über die Jugendarbeit in den DRK-Kreisverbänden
BR/098/2018

in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Regler schlägt vor, diese Berichtsvorlage als TOP 12 in die Tagesordnung einzuordnen und danach als TOP 13 den TOP Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 29.05.2018 zu behandeln.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Herr Regler merkt an, dass keine Anträge zur Tagesordnung vorliegen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 27.02.2018 - öffentlicher Teil
033/2018
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
7. Anträge
 - 7.1 Veränderung der Kreisumlage für 2018
AN/079/2018
Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, FDP-Fraktion
 - 7.1.1 Änderungsantrag zum Antrag AN/079/2018, Veränderung der Kreisumlage für 2018
ÄA/0037/2018
CDU-Fraktion
 - 7.2 Prüfung der finanziellen Mittel für den ambulanten Bereich der Hilfen zur Erziehung im Rahmen der LQEV
AN/080/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion
 - 7.3 Förderung der Jugendarbeit im Bereich der Kreisanglerverbände der Uckermark
AN/082/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion
 - 7.4 Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Uckermark
AN/085/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion
 - 7.5 Ausgleich der Mehraufwendungen der ergänzenden Betreuungsangebote für die Nacht- und Wochenendbetreuung nach KitaG ab dem Haushaltsjahr 2019
AN/086/2018
SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion
8. Außerplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018
BV/050/2018

9. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2018
BR/058/2018
10. Satzung über die Entschädigung der Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (Entschädigungssatzung)
BV/060/2018
11. Jugendförderplan 2018 - 2021 des Landkreises Uckermark
BV/071/2018
12. Bericht über die Jugendarbeit in den DRK-Kreisverbänden
BR/098/2018
13. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 29.05.2018
02/2018

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 27.02.2018 - öffentlicher Teil
033/2018**

Herr Regler teilt mit, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung am 27.02.2017- öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Herr Regler merkt an, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Regler stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

Herr Regler teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

zu TOP 7: Anträge

zu TOP 7.1: Veränderung der Kreisumlage für 2018

AN/079/2018

Fraktion DIE LINKE, Fraktion SPD/BVB, FDP-Fraktion

zu TOP 7.1.1: Änderungsantrag zum Antrag AN/079/2018, Veränderung der Kreisumlage für 2018

ÄA/0037/2018

CDU-Fraktion

Herr Regler schlägt vor, die Diskussion zum Antrag AN/079/2018 und zum Änderungsantrag ÄA/0037/2018 im Zusammenhang zu führen und danach zunächst über den vorliegenden Änderungsantrag ÄA/0037/2018 abzustimmen.

Herr Rohne weist auf die Intention des gemeinsamen Antrages AN/079/2018 hin, wonach durch Senkung der Kreisumlage für 2018 ermöglicht werden soll, dass die vom Land Brandenburg für 2018 zusätzlich bereitgestellten Schlüs-

selbsteinsparungen bei den Gemeinden verbleiben können. Er möchte u.a. wissen, wo im Änderungsantrag ÄA/0037/2018 der qualitative Ansatz der Veränderung gegenüber dem Antrag AN/079/2018 liegt. Für ihn handelt es sich beim Änderungsantrag ÄA/0037/2018 um einen Neuantrag. Herr Rohne merkt an, dass er davon ausgeht, dass zunächst nur über das Jahr 2018 gesprochen wird und alles andere der Haushaltsdiskussion zum Haushalt 2019/2020 vorbehalten ist. Insofern bittet er um Zustimmung zum Antrag AN/079/2018 in der vorliegenden Form. Herr Rohne teilt noch mit, dass sich die Fraktion DIE LINKE aus terminlichen Gründen noch nicht zum Änderungsantrag ÄA/0037/2018 positionieren konnte.

Herr Dr. Gerlach merkt u.a. an, dass es im Kern darum geht, die Kreisumlage zu Gunsten der Gemeinden für 2018 zu senken. Er weist auf die gesetzlichen Grundlagen hin, die es erlauben, einmal im Jahr die Kreisumlage zu verändern, wobei eine Erhöhung vor dem 30.06. erfolgen muss und eine Senkung jederzeit möglich ist. Herr Dr. Gerlach fragt danach, wie der technische Ablauf dahingehend erfolgen soll, dass für einen bestimmten Anteil der gemeindlichen Umlagesumme keine Kreisumlage erhoben wird. Er hält es für erforderlich schon mal auszurechnen, welche Senkung der Kreisumlage erfolgen müsste, um das im Antrag AN/079/2018 vorgeschlagene Ergebnis zu erreichen. Herr Dr. Gerlach schlägt als einfache Möglichkeit vor, keine großen Untersuchungen durchzuführen, sondern einen Vorschlag zur Senkung der Kreisumlage zu machen, der so ist, dass es für den Haushalt kein Risiko darstellt und notfalls eine Finanzierung aus den Rücklagen des Landkreises erfolgen kann. Er hält eine Senkung der Kreisumlage von 3 % für möglich, was eine Summe von ca. 4 Mio. Euro ausmachen würde. Herr Dr. Gerlach möchte von Herrn Brandenburg wissen, mit welchen Überschüssen der Landkreis in 2018 bei Beibehaltung der jetzigen Kreisumlage rechnen kann.

Herr Brandenburg hält es für möglich, im September-Kreistag 2018 eine Vorausschau auf das Jahresende 2018 vorzulegen. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass beide Anträge unterschiedliche Zielrichtungen beinhalten. Wonach der Antrag AN/079/2018 das Ziel verfolgt, die vom Land Brandenburg für 2018 zusätzlich bereitgestellten Schlüsselzuweisungen bei den Gemeinden zu belassen, geht es im Änderungsantrag ÄA/0037/2018 darum, die Kreisumlage generell zu senken, ausgehend von der Liquiditätslage des Landkreises. Herr Brandenburg weist anschließend auf den juristischen und technischen Ablauf bei der Umsetzung beider Anträge sowie auf deren unterschiedliche Auswirkungen hin.

Herr Uwe Neumann möchte wissen, ob es angesichts der unterschiedlichen Ansätze beider Anträge technisch überhaupt lösbar und gesetzlich konform ist, dass die zusätzlich vom Land bereitgestellten Schlüsselzuweisungen bei den einzelnen Gemeinden verbleiben können.

Herr Brandenburg merkt an, dass dieses nur über einen Erlass von Forderungen gegenüber den einzelnen Gemeinden umsetzbar ist, was eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages bedarf.

Herr Zimdars macht darauf aufmerksam, dass es offensichtlich darum geht, die Schlüsselzuweisungen der Gemeinden als Bemessungsgrundlage mit heranzuziehen. Er weist darauf hin, dass der als Kreisumlage von den Kommunen an den Landkreis abzuführende Euro-Betrag aus zwei Komponenten

besteht, zum einen aus dem Vom-Hundert-Satz und andererseits aus der Bemessungsgrundlage. Er hält es für nicht für möglich, als Kreistag an der Bemessungsgrundlage etwas zu verändern, da diese gesetzlich normiert ist. Er sieht die Kompetenz des Kreistages darin, über den Vom-Hundert-Satz zu diskutieren, nicht jedoch über die normierte Schlüsselzuweisung.

Herr Dr. Gerlach plädiert u.a. dafür, dass sich der Kreistag zu einer Zahl für die Veränderung des Hebesatzes 2018 für die Gemeinden entschließt und schlägt eine Senkung der Kreisumlage für 2018 bereits für den Kreistag am 20.06.2018 vor.

Herr Uwe Neumann spricht sich dafür aus, die Kreisumlage zu senken und hält das im Änderungsantrag ÄA/0037/2018 beschriebene Verfahren für den richtigen Weg.

Herr Menke plädiert für eine Senkung der Kreisumlage in der nächsten Sitzung des Kreistages am 20.06.2018.

Herr Brandenburg macht auf das Budgetrecht des Kreistages und darauf aufmerksam, dass es sich bei beiden Anträgen um politische Willensbekundungen handelt, die aus juristischer Sicht auch umsetzbar sind. Er weist auf die bereits laufende Haushaltsplanung für 2019/2020 und darauf hin, dass die durch eine Senkung der Kreisumlage an die Gemeinden zurückzuführenden Mittel dann nicht mehr für Investitionen des Landkreises zur Verfügung stehen.

Herr Theiß plädiert dafür, den Kommunen jetzt das Signal für eine Senkung der Kreisumlage zu senden und sich im September-Kreistag um die realen Zahlen zu kümmern, wenn die entsprechenden Grundlagen dafür vorliegen. Jetzt pauschal einfach eine Zahl festzulegen, hält Herr Theiß für schlechtes Handwerk.

Herr Hoppe schlägt vor, nicht bereits in der heutigen Sitzung über die Anträge AN/079/2018 und ÄA/0037/2018 zu befinden, sondern erst noch in den Fraktionen darüber zu beraten.

Herr Hoppe stellt den Antrag, heute nicht im Finanzausschuss über die Anträge AN/079/2018 und ÄA/0037/2018 abzustimmen, sondern diese nur weiterzuleiten.

Herr Hoppe spricht sich dafür aus, Herrn Brandenburg u.a. damit zu beauftragen, sich auf der Grundlage der aktuellen Situation über die mögliche Höhe der Reduzierung der Kreisumlage Gedanken zu machen und anschließend über die beiden Anträge nochmals zu diskutieren.

Herr Uwe Neumann hält die im Änderungsantrag ÄA/0037/2018 vorgeschlagenen drei Verfahrensschritte vom Ansatz her für gut.

Herr Rohne stellt den Geschäftsordnungsantrag, die beiden Anträge AN/079/2018 und ÄA/0037/2018 in die Sitzungsfolge für den September-Kreistag zu verweisen.

Herr Rohne teilt mit, dass er bis dahin noch genügend Möglichkeiten sieht, in der Fraktion inhaltlich über die Anträge zu diskutieren.

Herr Uwe Neumann spricht sich wegen des möglichen Zeitverlustes gegen den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Rohne aus.

Herr Hoppe zieht seinen Antrag, heute nicht im Finanzausschuss über die Anträge AN/079/2018 und ÄA/0037/2018 abzustimmen, sondern diese nur weiterzuleiten, zurück.

Herr Zimdars plädiert dafür, sich heute als Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung zu den vorliegenden Anträgen zu positionieren und wirbt um Zustimmung zum Änderungsantrag ÄA/0037/2018.

Herr Dr. Gerlach hält es für kein gutes Signal, wenn heute nicht über die vorliegenden Anträge abgestimmt würde.

Herr Regler schlägt zum weiteren Verfahren vor, heute über beide Anträge abzustimmen, da er bis zum Kreistag noch Zeit sieht, sich interfraktionell zu positionieren. Er bittet deshalb Herrn Rohne, seinen zuvor gestellten Geschäftsordnungsantrag zurückzuziehen.

Herr Rohne zieht seinen Geschäftsordnungsantrag, die beiden Anträge AN/079/2018 und ÄA/0037/2018 in die Sitzungsfolge für den September-Kreistag zu verweisen, zurück.

Herr Regler bittet zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag ÄA/0037/2018:

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt dem Änderungsantrag ÄA/0037/2018 zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Landrat / die Landrätin wird aufgefordert, die Mehreinnahmen der Gemeinden infolge der Erhöhung der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden seitens des Landes für 2018 zu beziffern.

2. Der Landrat / die Landrätin wird aufgefordert, eine Vorausschätzung des Finanzergebnisses des Landkreises Uckermark für 2018 abzugeben.

3. Der Landrat / die Landrätin wird aufgefordert, aufgrund der zu erwartenden Mehreinnahmen gegenüber einem fortgeschriebenen Haushaltsansatz für 2018 eine Senkung des entsprechenden Umlagesatzes vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 5 Nein: 4 Enthaltungen: 1

Herr Regler merkt an, dass sich auf Grund der mehrheitlichen Zustimmung zum Änderungsantrag ÄA/0037/2018 eine Abstimmung über den Antrag AN/079/2018 erübrigt.

zu TOP 7.2: Prüfung der finanziellen Mittel für den ambulanten Bereich der Hilfen zur Erziehung im Rahmen der LQEV

Vorlage: AN/080/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird beauftragt, die finanziellen Mittel für den Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung gemäß LQEV zu prüfen und dabei den Kostenentwicklungen Rechnung zu tragen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.3: Förderung der Jugendarbeit im Bereich der Kreisanglerverbände der Uckermark

Vorlage: AN/082/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird beauftragt, im HH-Plan 2019/2020 eine jährliche Förderung in Höhe von 12.000,- € für den Jugendbereich der Kreisanglerverbände einzustellen. Diese werden in Höhe von jeweils 4.000,- € für den KAV Angermünde/Schwedt, den KAV Uckermark (Prenzlau) sowie für den KAV Templin zur Verfügung gestellt.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.4: Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Uckermark

Vorlage: AN/085/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion

Herr Brandenburg weist auf die zur heutigen Sitzung eingereichte Berichtsvorlage - Bericht über die Jugendarbeit in den DRK-Kreisverbänden (BR/098/2018) hin, die im Ergebnis der Diskussion im Ausschuss für Regionalentwicklung am 14.05.2018 erarbeitet wurde und nähere Informationen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag liefert.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Landrat wird beauftragt, im HH-Plan 2019/2020 eine jährliche Förderung in Höhe von 6.000,- € zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Rahmen des Katastrophenschutzes der Uckermark einzustellen. Die Regularien sind durch die Verwaltung zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.5: Ausgleich der Mehraufwendungen der ergänzenden Betreuungsangebote für die Nacht- und Wochenendbetreuung nach KitaG ab dem Haushaltsjahr 2019

Vorlage: AN/086/2018

SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion

Herr Dr. Gerlach merkt an, dass in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2018 darüber gesprochen wurde, den Ausgleich der Mehraufwendungen bereits für das Jahr 2018 durchzuführen. In diesem Zusammenhang wurde von Herrn Bretsch die Erarbeitung eines überfraktionellen Antrages vorgeschlagen, der jedoch bis jetzt noch nicht eingereicht wurde. Herr Dr. Gerlach kündigt an, noch einen Änderungsantrag zum Antrag AN/086/2018 für den Fall einzureichen, falls der angekündigte überfraktionelle Antrag nicht vorgelegt wird.

Herr Theiß weist darauf hin, dass die Formulierung des Antrages AN/086/2018 „*einen Zuschuss in Höhe von bis zu 3000.- €/Monat*“ für ihn noch sehr unbestimmt ist. Er schlägt deshalb vor, sich zum Antrag nochmals in den Fraktionen zu verständigen und heute diesen nur weiterzuleiten, um ihn dann in der Sitzung des Kreisausschusses zu spezifizieren.

Herr Rohne teilt mit, dass die gewählte Formulierung des Antrages das Ergebnis von Gesprächen mit den Kitas ist und es seitens der Kitas hierzu keine Einwände gab. Er schlägt jedoch vor, sich nach nochmaliger Beratung in den Fraktionen in der Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 definitiv zum Antrag zu verständigen.

Herr Regler spricht sich für den Vorschlag von Herrn Theiß aus, heute kein Votum zum Antrag abzugeben, sondern sich bis zur Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 interfraktionell abzustimmen und den Antrag dann im Kreisausschuss zu spezifizieren.

Herr Dr. Gerlach plädiert dafür, heute dem Antrag AN/086/2018 zuzustimmen unter der Maßgabe, dass zur Sitzung des Kreisausschusses noch ein modifizierter Antrag vorgelegt wird.

Herr Regler stellt fest, dass sich die Kreisausschussmitglieder darüber einig sind, dass noch eine Modifizierung des Antrages AN/086/2018 in der Sitzung des Kreisausschusses am 05.06.2018 erfolgt.

Er bittet deshalb darum, heute über den Antrag AN/086/2018 in der vorliegenden Form abzustimmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt, an den Standorten Schwedt/Oder, Prenzlau und Templin für jeweils ein Betreuungsangebot für die Nacht- und Wochenendbetreuung als ergänzendes Kinderbetreuungsangebot einen Zuschuss in Höhe von bis zu 3000.- €/Monat ab dem HH - Jahr 2019 zu gewähren. Die Auszahlung erfolgt analog der Kita-Finanzierung vierteljährlich. Der Landrat wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt.

2. Die Drucksache DS 90/2012 tritt am 31.12.2018 außer Kraft.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8: Außerplanmäßige Aufwendungen im Haushaltsjahr 2018

Vorlage: BV/050/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt außerplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 243.082,88 € für das Haushaltsjahr 2018 für die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen (Aufstockungsbeträge).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 9: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im I. Quartal 2018

Vorlage: BR/058/2018

Herr Zimdars hinterfragt die unter TOP 2.3 der Tabelle aufgeführten außer- und überplanmäßigen Auszahlungen zum Erwerb eines Multifunktionsgerätes zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (Anmelde- und Aliasbescheinigung).

Herr Brandenburg weist in diesem Zusammenhang auf die neue Rechtslage hin, wonach der Landkreis u.a. in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten und für Beratungsangebote in Gesundheitsfragen zuständig ist. Hierfür war die Anschaffung neuer Software und Geräte erforderlich.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 10: Satzung über die Entschädigung der Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (Entschädigungssatzung)

Vorlage: BV/060/2018

Herr Regler kündigt an, bis zur Sitzung des Kreisausschusses noch eine entsprechende Zuarbeit hinsichtlich der Formulierung der Abrechnung von Geldern vorzulegen.

Herr Dr. Gerlach merkt u. a. an, dass für ihn die wichtigste Veränderung zur Stärkung des Ehrenamtes darin besteht, dass die finanziellen Aufwendungen der Kreistagsmitglieder im Rahmen der steuerlichen Behandlung abzugsfähig sind.

Herr Rohne weist u.a. darauf hin, dass sich die Fraktionen seinerzeit im Rahmen der Erarbeitung einer Stellungnahme an das Land zum Thema „Stärkung des Ehrenamtes“ auch darüber verständigt haben, in der Entschädigungssatzung die Gelder für Fraktionsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit zusammenzufassen, um als Fraktionen flexibler mit den Geldern agieren zu können.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Satzung über die Entschädigung der Kreistagsmitglieder und sachkundigen Einwohner des Kreistages Uckermark (Entschädigungssatzung).“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

(Herr Brämer geht um 18:05 Uhr.)

zu TOP 11: Jugendförderplan 2018 - 2021 des Landkreises Uckermark
Vorlage: BV/071/2018

Herr Dr. Gerlach weist darauf hin, dass in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2018 u.a. signalisiert wurde, dass der für vier Jahre geltende Jugendförderplan unter bestimmten Voraussetzungen noch geöffnet werden kann, wenn zusätzlich Bedarfe, wie z.B. zusätzliche Schulsozialarbeiter, hinzukommen.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung stimmt der Beschlussvorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt den Jugendförderplan 2018 – 2021 des Landkreises Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Bericht über die Jugendarbeit in den DRK-Kreisverbänden
Vorlage: BR/098/2018

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.

zu TOP 13: Angelegenheiten der Rechnungsprüfung - FRA 29.05.2018
Vorlage: 02/2018

Herr Regler weist darauf hin, dass der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes allen Ausschussmitgliedern bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung zugegangen und auch elektronisch zur Verfügung gestellt wurde.

Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen:

gez. Gerd Regler
 Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
 Landrätin

gez. Wolfgang Gerhardt
 Schriftführer